Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 27. Februar 2013
Ausgabe 040
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **4**
› OB Ude kondoliert zum Tod von Prälat Karlheinz Summerer 4
› Paralympics-Gewinnerinnen tragen sich ins Goldene Buch ein 4
› Stadt verkauft drei Grundstücke an Wohnungsbaugenossenschaften 6
› Neue Baumschutzverordnung der Landeshauptstadt München 6
› 7. Münchner Bücherschau junior 7
› Broschüre „München. Der Wirtschaftsstandort“ erschienen 7
› Informationsabende an öffentlichen Wirtschaftsschulen 8
› Vortrag „Gerüste – ungeplante Kostensteigerung vermeiden“ 9
› Neues Abendprogramm „LATE FRIDAY“ im Museum Villa Stuck 9
› Musical-Theater für Kinder in der Stadtbibliothek Ramersdorf 10
› Vortrag mit Gespräch in der Ausstellung „Wem gehört die Stadt?“ 10
Antworten auf Stadtratsanfragen **11**
› Situation am Städtischen Kindergarten und Hort an der Blumenauer Straße 9 verbessern 11
› Laute Silvesterparty in der Weißenburger Straße 14
› Die Stadt unterstützt die Initiative „Geklärt, wer fährt“ 16
› Umstrittene „Stolpersteine“ 17
› „Mit der Realisierung von ZIE-M ist begonnen“: Bitte mehr Informationen auf den Tisch! 19

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **21**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Donnerstag, 28. Februar, 18 Uhr,
Alte Kongresshalle, Theresienhöhe 15
Anlässlich des Bayerisch-Chinesischen Frühlingsfestes spricht Oberbürgermeister Christian Ude Grußworte. Dieses hat das Ziel, am Standort München das Netzwerk der chinesischen Unternehmen zu unterstützen und die Kontakte zwischen bayerischen und chinesischen Unternehmen auszubauen.

Wiederholung
Donnerstag, 28. Februar, 18 Uhr, Gasteig, Glashalle, 1. Obergeschoss
Presserundgang durch die Ausstellung „Pastinaken raus!" mit Dr. Miriam Heigl, Fachstelle gegen Rechtsextremismus der Landeshauptstadt München, und dem Künstler Matthias Weinzierl. Im Anschluss an den Rundgang findet um 19 Uhr die Vernissage statt.
Anmeldung für den Presserundgang bitte noch heute, Mittwoch, 27. Februar, per Mail an diefaerberei@kjr-m.de.

Freitag, 1. März, 11 Uhr, Münchner Volkstheater, Brienner Straße 50
Pressekonferenz zum diesjährigen Theaterfestival „Radikal jung" mit Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und dem Intendanten des Münchner Volkstheaters Christian Stückl. „Radikal jung – Das Festival junger Regisseure" wird vom 19. bis 26. April zum neunten Mal vom Münchner Volkstheater veranstaltet. Mit dem Festival werden junge Talente im Bereich der Theaterregie gefördert, die sich mit ihren Inszenierungen besonders hervorgetan haben. Neben deutschsprachigen Produktionen sind auch Gastspiele aus dem Ausland eingeladen.
Achtung Redaktionen: Anmeldung per Fax 5 23 55-65 oder E-Mail: presse@muenchner-volkstheater.de erbeten

Freitag, 1. März, 17 Uhr,
Foyer des Münchner Stadtmuseums, St.-Jakobs-Platz 1
Eröffnung der 7. Münchner Bücherschau junior mit Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, Dr. Isabella Fehle, Direktorin des Münchner Stadtmuseums, Dr. Jörg Platiel, Vorsitzender Börsenverein des Deutschen Buchhandels Landesverband Bayern e.V., und den „Lehmcoolen LeseExperten" (Lara Pringsheim, Peter Horstkotte und Therese Lemling, zwischen 9 und 11 Jahre alt).

Sonntag, 3. März, 18 Uhr, Carl-Orff-Saal im Gasteig
Zur Eröffnung der 24. Türkischen Filmtage spricht Bürgermeister Hep Monatzeder Grußworte. Das diesjährige Programm zeigt sieben Spielfilme, fünf Dokumentarfilme und eine Reihe von Kurzfilmen. Veranstalter der Filmtage sind die Münchner Stadtbibliothek sowie die Vereine Filmstadt München e.V. und SinemaTürk Filmzentrum e.V.

Montag, 4. März, 9.30 Uhr, Friedrich-Engels-Bogen 4
Stadtrat Otto Seidl (CSU) gratuliert der Münchner Bürgerin Rosalia Miller im Namen der Stadt zum 101. Geburtstag.

Montag, 4. März, zirka 10.45 Uhr, Heßstraße 22
Stadtrat Otto Seidl (CSU) gratuliert der Münchner Bürgerin Lieselotte Schmidt im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Montag, 4. März, 11.30 Uhr, Ettalstraße 40 a
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Elly Hemmer im Namen der Stadt zum 104. Geburtstag.

Montag, 4. März, 12.30 Uhr, Saal des Alten Rathauses
25 Jahre, 40 Jahre oder sogar schon 50 Jahre bei der Stadt: 1.052 Dienstjubilarinnen und Dienstjubilare feiern in diesem Jahr. Bürgermeisterin Christine Strobl, Personal- und Organisationsreferent Dr. Thomas Böhle und Constantin Dietl-Dinev, stellvertretender Vorsitzender des Gesamtpersonalrates, bedanken sich im Rahmen eines Einladungsessens bei über 350 treuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Personal- und Organisationsreferat (31), dem Referat für Arbeit und Wirtschaft (5), dem Referat für Bildung und Sport (280) und dem Kulturreferat (41). Weitere Veranstaltungen finden am 5. und 11. März statt (Ankündigungen folgen).

Montag, 4. März, zirka 12.30 Uhr, Züricher Straße 130
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Helene Stobbe im Namen der Stadt zum 106. Geburtstag.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 6. März, 17.30 bis 19 Uhr,
BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Meldungen

OB Ude kondoliert zum Tod von Prälat Karlheinz Summerer
(27.2.2013) Oberbürgermeister Christian Ude kondoliert dem Bruder von Prälat Karlheinz Summerer: „Mit großem Bedauern habe ich erfahren, dass Ihr Bruder verstorben ist. Zu diesem schmerzlichen Verlust spreche ich Ihnen und allen Angehörigen im Namen der Stadtrates der Landeshauptstadt München und persönlich das herzliche Mitgefühl aus.
Mit Prälat Karlheinz Summerer verliert München eine Persönlichkeit, die sich über Jahrzehnte hinweg als ‚Sport-Prälat' um die Beziehungen zwischen katholischer Kirche und dem Sport in Bayern kümmerte und dieses Verhältnis auf ganz besondere Art geprägt hat.
Von 1968 an leitete er den Arbeitskreis ‚Kirche und Sport Bayern' und übernahm auch die geistliche Leitung des DJK-Sportverbandes der Erzdiözese München und Freising. Parallel dazu baute er die Pfarrei Frieden Christi im neu entstandenen Olympiadorf auf, wo er bis 2003 als Pfarrer tätig war.
Als ‚Sportpfarrer' und bald darauf auch als erster ‚Olympiapfarrer' Deutschlands wirkte er als unermüdlicher Brückenbauer zwischen Kirche und Sport in der Landeshauptstadt und weit darüber hinaus. Während der Olympischen Spiele 1972 in München war Karlheinz Summerer als erster Olympiapfarrer überhaupt tätig, ein Amt, das er in den darauf folgenden Jahrzehnten bei vielen Olympischen Spielen immer wieder ausübte.
Für sein herausragendes persönliches Vorbild, seinen Einsatz für sportlich faires Verhalten und seine Arbeit auf dem Gebiet der christlich orientierten Sportethik wurden ihm hohe Ehrungen zuteil, nicht zuletzt die Verleihung des ‚Goldenen Ehrenrings' der Landeshauptstadt München für hervorragende Verdienste um den Sport.
Wir werden Prälat Summerer stets in dankbarer Erinnerung behalten."

(teilweise voraus)
Paralympics-Gewinnerinnen tragen sich ins Goldene Buch ein
(27.2.2013) Mit einem Eintrag ins Goldene Buch ehrte die Stadt jetzt die Münchner Medaillengewinnerinnen der Paralympischen Sommerspiele in London.
Birgit Kober, die bereits 2011 Weltmeisterin und 2012 Europameisterin im Speerwurf und im Kugelstoßen wurde, gewann bei den Paralympics in London gleich in ihren beiden Paradedisziplinen jeweils Gold – und das mit zwei überragenden Weltrekorden. Sie startet zwar für den TSV Bayer 04

Leverkusen, ist ihrem Heimatverein ESV München aber immer noch als Übungsleiterin eng verbunden.
Johanna Welin vom USC München, die bereits 2011 Europameisterin wurde, holte mit dem deutschen Rollstuhlbasketball-Damenteam bei den Paralympics in London Gold. Es war ein Sieg, auf den der deutsche Behindertensport lange warten musste, denn es war das erste deutsche Paralympics-Gold im Rollstuhlbasketball der Frauen seit 1984.
Denise Schindler, die Ausnahme-Radsportlerin vom Behinderten-Sportverein München, gefeierte Weltmeisterin und Weltcupsiegerin von 2011, die innerhalb kürzester Zeit einen wahren Senkrechtstart im Leistungssport hingelegt hat, war bei den Paralympics in London mit Silber im Straßenrennen erfolgreich.
„Die Paralympics sind heute jedem ein Begriff, sie werden von Mal zu Mal größer, emotionaler, begeisternder und haben sich nun endgültig als das „zweite Olympia" etabliert", hob Oberbürgermeister Christian Ude in seiner Ansprache im Kleinen Sitzungssaal des Rathauses hervor. Mit über 4.400 Athletinnen und Athleten aus 164 Nationen, über 500 Wettkämpfen in 20 Sportarten, mit einer Rekord-Zuschauerzahl von 2,7 Millionen und weltweiten Rekord-Übertragungszeiten waren die Paralympics 2012 die größten Paralympischen Spiele in der Geschichte.
„Wir stehen vor einem Zeitalter der Inklusion – das erfordert nicht nur Investitionen, sondern auch ein Umdenken in den Köpfen", fuhr Ude fort.
„Für diese Generationenaufgabe kann ich mir keinen besseren Sympathieträger vorstellen als den Behindertensport. Die emotionale Botschaft der Paralympics steigert die Wertschätzung für Menschen mit Handicap in der Gesellschaft nicht nur spürbar, sondern geradezu sprunghaft. Dass daran auch Münchner Sportlerinnen und Sportler einen so herausragenden Anteil haben, freut uns natürlich ganz besonders."
Der vierte Münchner Medaillengewinner, das Radsport-Ass Michael Teuber vom BSV München, der nach seinen bisherigen drei Siegen bei Paralympischen Spielen in London bereits sein insgesamt viertes paralympisches Gold gewann, konnte leider nicht teilnehmen, da er sich derzeit im Trainingslager befindet. Er wird sich zu einem späteren Zeitpunkt ins Goldene Buch der Stadt eintragen.
Aus dem Münchner Stadtrat nahmen an der Eintragung teil: Dr. Ingrid Anker, Dr. Reinhard Bauer, Oliver Belik, Ulrike Boesser, Christian Müller, Klaus-Peter Rupp und Beatrix Zurek (alle SPD), Marian Offman, Georg Schlagbauer und Otto Seidl (alle CSU), Jutta Koller (Grüne), Christa Stock (FDP) und Dagmar Henn (Linke) sowie Stadtschulrat Rainer Schweppe.

Stadt verkauft drei Grundstücke an Wohnungsbaugenossenschaften
(27.2.2013) Die Vollversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung einstimmig den Verkauf von drei Baufeldern auf dem Areal der ehemaligen Funkkaserne an die Wohnungsbaugenossenschaften WOGENO München e.G., wagnis eg und FrauenWohnen eG beschlossen. Sie bestätigt damit die Beschlussfassung des Kommunalausschusses in dessen Sitzung am 21. Februar. Auf einer Fläche von über 17.000 Quadratmetern werden damit im Münchner Norden insgesamt 274 neue Wohnungen entstehen können.
Das an die WOGENO München e.G. verkaufte Grundstück ist 3.681 Quadratmeter groß, das an wagnis eg gehende 9.043 Quadratmeter. Zudem bildeten WOGENO München e.G. und FrauenWohnen eG eine Bietergemeinschaft und erwerben zusammen ein 4.576 Quadratmeter umfassendes Baufeld.
Die Bauträgerauswahl war durch das Referat für Stadtplanung und Bauordnung vorbereitet und in der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 5. Dezember 2012 bestätigt worden. Das Kommunalreferat wurde daraufhin beauftragt, den Verkauf der Baufelder an die ausgewählten Wohnungsbaugenossenschaften vorzubereiten und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen. Genaue Termine für einen Baubeginn gibt es aktuell noch nicht.

Neue Baumschutzverordnung der Landeshauptstadt München
(27.2.2013) Seit 12. Februar ist eine neue Fassung der Baumschutzverordnung der Stadt München in Kraft. Wesentliche Neuerungen sind insbesondere die Aktualisierung der Gebiete, in denen die Verordnung anzuwenden ist sowie die Anpassung des Inhalts an das novellierte Naturschutzrecht (Bundesnaturschutzgesetz, Bayerisches Naturschutzgesetz) und an die aktuelle Rechtsprechung. Art und Umfang der schützenswerte Bäume sind dagegen unverändert. So stehen mit Ausnahme der meisten Obstgehölze alle Bäume mit einem Stammumfang von 80 Zentimeter – gemessen in einem Meter Höhe – unter besonderem Schutz. Ebenso geschützt sind unter bestimmten Voraussetzungen mehrstämmige Gehölze beziehungsweise Bäume, die aufgrund der Verordnung als Ersatz für Fällungen gepflanzt wurden.
Schon länger in der Diskussion ist die Frage, ob der Schutz von Fichten aufgehoben werden soll. Dazu hat der Münchner Stadtrat jetzt dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung einen entsprechenden Prüfauftrag erteilt.
Weitere Informationen finden sich unter dem Stichwort „Baumschutz“ auf *www.muenchen.de/plan.*

7. Münchner Bücherschau junior

(27.2.2013) Die Münchner Bücherschau junior zählt zu den größten und bekanntesten deutschen Kinderbuch-Festivals. Vom Samstag, 2. März, bis Sonntag, 10. März, gastiert sie in ihrem siebten Jahr wieder im Münchner Stadtmuseum – dieses Mal in einem prachtvollen Lesezelt im Innenhof, mit einer neuen gemütlichen Leselounge und in verschiedenen Veranstaltungsräumen. Rund 80 Verlage zeigen mehr als 5.000 Bücher und Hörbücher, Spiele und Lernspiele und elektronische Medien für die ganze Familie und Kinder ab drei Jahren. Zum ersten Mal werden auch Kinder-Apps und die Sonderausstellung „Bücher für Erstleser" präsentiert. Daneben gibt es Lesungen und vielfältige Aktionen für Kinder, Familien, Schulklassen bis zur 11. Klassen, Kindergarten- und Hortgruppen. Bestsellerautoren wie Zoran Drvenkar, Thomas C. Brezina und Kerstin Gier oder Paul Maar lesen aus ihren Büchern. Im Kinder- und Familienprogramm gibt es Exkursionen in die Bayerische Staatsoper, die Residenz, den Bayerischen Rundfunk oder den Mathäser Filmpalast, Kreativworkshops, Familienfrühstück oder inszenierte Lesungen mit Live-Musik. Workshops bieten Möglichkeiten, Papierkunst, Druck- und Bindetechniken kennenzulernen oder sich im Schreiben und Illustrieren zu versuchen.
Für Erziehungs- und Lehrpersonal wird ein Workshop „Spiele(n) mit dem ABC" angeboten und das Netzwerk Leseförderung lädt zum „Literaturtalk" über Neuerscheinungen der Kinder- und Jugendliteratur und anschließendem gemeinsamen Kennenlernen.
Die Münchner Bücherschau junior im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, ist täglich von 9 bis 19 Uhr geöffnet.
Der Eintritt ist frei. Ausführliche Informationen zum Programm unter *www.muenchner-buecherschau-junior.de*. Informationen zum Netzwerk Leseförderung unter *www.lesefoerderung-muenchen.de*.
Die Münchner Bücherschau junior wird vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels – Landesverband Bayern e.V. mit Unterstützung des Kulturreferats der Stadt München veranstaltet.
(Presseansprechpartner: Medienbüro Gina Ahrend, Telefon 0 81 57-32 93, info@ahrend-medienbuero.de)

Broschüre „München. Der Wirtschaftsstandort" erschienen

(27.2.2012) Das Referat für Arbeit und Wirtschaft hat die Broschüre „München. Der Wirtschaftsstandort. Fakten und Zahlen" neu aufgelegt. Die Publikation gibt einen Überblick über die wichtigsten Daten und Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung Münchens und seines Wirtschaftsraums. Sie ist in einer deutschen und englischen Version erhältlich.

Der Referent für Arbeit und Wirtschaft, Dieter Reiter: „Der Wirtschaftsstandort München bleibt die Nummer eins im deutschen Großstadtvergleich und landet auch im europaweiten und internationalen Vergleich auf den vorderen Plätzen. Dies bestätigen aktuelle Städterankings sowie die vorliegenden Wirtschaftszahlen. Die Arbeitslosigkeit ist im vergangenen Jahr trotz abflachender Konjunktur weiter zurückgegangen, während die Kaufkraft erneut angestiegen ist."
Weitere Themen der Broschüre sind die Entwicklung der Wirtschaftsleistung in der Stadt und der Region, die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung, die Analyse ausgewählter Branchen und Cluster und des kommunalen Haushalts. Zudem gibt die Publikation einen Überblick über bedeutende Firmen im Wirtschaftsraum und die Entwicklung des Wohn- und Büroimmobilienmarktes.
Die Broschüre ist als Download im Internet unter *www.muenchen.de/raw* verfügbar oder kann bei Eva Schweigard, Referat für Arbeit und Wirtschaft, Telefon 2 33-2 53 25, E-Mail: eva.schweigard@muenchen.de, angefordert werden.

Informationsabende an öffentlichen Wirtschaftsschulen
(27.2.2013) An Wirtschaftsschulen können Schülerinnen und Schüler den Mittleren Schulabschluss erwerben. Die Stadt München führt zwei Wirtschaftsschulen, die Städtische Friedrich-List-Wirtschaftsschule und die Städtische Riemerschmid-Wirtschaftsschule für Mädchen. Beide Schulen bieten Klassen im vierjährigen (7. bis 10. Jahrgangsstufe), dreijährigen (8. bis 10. Jahrgangsstufe) und zweijährigen Zug (10. und 11. Jahrgangsstufe) an. Die Staatliche Wirtschaftsschule führt einen zweijährigen Zug.
An folgenden Terminen können sich interessierte Eltern und künftige Schülerinnen und Schüler über das Angebot und die Aufnahmevoraussetzungen für das Schuljahr 2013/2014 informieren:

- Montag, 4. März, ab 19 Uhr:
  Städtische Riemerschmid-Wirtschaftsschule, Frauenstraße 19
- Dienstag, 5. März, ab 19 Uhr:
  Städtische Friedrich-List-Wirtschaftsschule, Westenriederstraße 20
- Mittwoch, 6. März, ab 19 Uhr:
  Staatliche Wirtschaftsschule, Institutstraße 4

Die Einschreibung in die Eingangsstufe der drei- und vierstufigen Wirtschaftsschule zum Schuljahr 2013/2014 findet am Dienstag, 12. März, von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 18 Uhr statt. Die Anmeldung für die Jahrgangsstufe 10 der zweistufigen Wirtschaftsschule ist am Dienstag, 23. Juli, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 18 Uhr möglich. Die Schülerinnen und Schüler sind bei derjenigen Schule anzumelden, in die

sie aufgenommen werden möchten. An dieser Schule nehmen sie auch – falls erforderlich – am Probeunterricht teil. Weitere Informationen im Internet unter *www.muenchen.de/schuleinschreibung.*

Vortrag „Gerüste – ungeplante Kostensteigerung vermeiden“
(27.2.2013) Für fast jede Tätigkeit beim Bauen ist das Aufstellen eines Gerüstes erforderlich. Ein Gerüst berührt aber oftmals die Belange der Nachbarschaft. Günter Kohlbecker, selbständiger Bauingenieur und Fachbuchautor, wird am Montag, 4. März, erklären, was bei der Planung zum Aufstellen eines Gerüstes berücksichtigt werden muss. Kohlbecker wird ausführen, wer das Gerüst zu liefern hat und wie abgerechnet wird. Bilder veranschaulichen den Vortrag, der um 18 Uhr im Bauzentrum München, Willy-Brandt Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West), beginnt. Der Eintritt ist frei. Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, Telefon 54 63 66-0, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de.

Neues Abendprogramm „LATE FRIDAY“ im Museum Villa Stuck
(27.2.2013) Anlässlich des Jubiläumsjahrs zum 150. Geburtstag Franz von Stucks macht das Museum Villa Stuck seinen Besucherinnen und Besuchern ein besonders Geschenk: Ab 1. März veranstaltet die Villa Stuck jeden ersten Freitag im Monat von 18 bis 22 Uhr einen „LATE FRIDAY“. Dieser bietet Live-Auftritte, Lesungen, Diskussionen, Musik von Gast-DJs und Führungen durch die historischen Räume der Villa Stuck mit der Sammlung des Museums und durch die Wechselausstellungen bei freiem Eintritt. Im Museumscafé werden ein eigens zum Geburtstag kreierter „Sünde-Cocktail“ und ausgewählte Speisen angeboten, der Museumsshop ist ebenfalls bis 22 Uhr geöffnet.
Den Beginn macht am 1. März ein Abend mit der Sammlung von Werken Franz von Stucks. Margot Th. Brandlhuber, die Sammlungsleiterin des Museums, führt um 19.30 Uhr und 21 Uhr durch die neu strukturierte Präsentation mit den Hauptwerken Stucks, darunter Stucks erstes großformatiges Gemälde, den Wächter des Paradieses, und die spätere Version des Skandal-Bildes der ersten Secessions-Ausstellung von 1893, Die Sünde. Ebenso zu sehen sind drei Dauerleihgaben aus dem Hessischen Landesmuseum Darmstadt, die im Sommer wieder zurückgegeben werden. Die regulären Öffnungszeiten des Museums Villa Stuck bleiben unverändert. Nähere Infos unter *www.villastuck.de/vermittlung/13/late_friday.htm*

Musical-Theater für Kinder in der Stadtbibliothek Ramersdorf
(27.2.2013) Am Montag, 4. März, um 16 Uhr führt die Stadtbibliothek Ramersdorf für Kinder ab fünf Jahren das Musical-Theater „Ritter Rost und das Gespenst" mit Patricia Prawit auf. Etwa 60 spannende Minuten mit dem Ritter Rost und seinen Freunden, dem Drachen Koks und der Burgfrau Bö. Patricia Prawit schlüpft stimmlich und mimisch in all die unterschiedlichen Charaktere, ist mal keifende Hexe, mal scheppernder Ritter, krächzender Drache oder schauriges Gespenst. Und natürlich gibt es jede Menge Musik, denn nicht umsonst nennen sich die „Ritter Rost"-Bücher „Musicals für Kinder". Es darf mitgesungen und geklatscht werden, es gibt viel zu lachen und einen Ohrwurm nimmt man garantiert mit nach Hause. Der Eintritt ist frei. Mitmachkarten und nähere Informationen gibt es in der Stadtbibliothek Ramersdorf, Führichstraße 43, Telefon 4 61 33 41-0, während der Öffnungszeiten (Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 10 bis 19 Uhr, Mittwoch von 14 bis 19 Uhr) oder im Internet unter *www.muenchner-stadtbibliothek.de*. Erreichbar ist die Bibliothek mit der U2 und den Bussen 55, 144, 155, Haltestelle Karl-Preis-Platz beziehungsweise Ramersdorf.

Vortrag mit Gespräch in der Ausstellung „Wem gehört die Stadt?"
(27.2.2013) In der Ausstellung „Wem gehört die Stadt? Manifestationen neuer sozialer Bewegungen im München der 1970-er Jahre" spricht Günther Gerstenberg, Mitglied im Archiv der Münchner Arbeiterbewegung, am Samstag, 2. März, um 16 Uhr im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, unter dem Thema „Trikont Archiv 451 im Archiv der Münchner Arbeiterbewegung" über Lebensgefühl, politische Vorstellungen und den Aufbau alternativer Strukturen in den 70-er Jahren in Zusammenhang mit dem Trikont Verlag. Zeitzeugen und Personen aus der „Szene" laden Besucherinnen und Besucher zum Gespräch ein. Die Kuratoren der Ausstellung sind anwesend. Treffpunkt ist im Foyer. Der Eintritt kostet 6 Euro, ermäßigt 3 Euro. Die Führungsgebühr beträgt 6 Euro.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 27. Februar 2013

Situation am Städtischen Kindergarten und Hort an der Blumenauer Straße 9 verbessern
Anfrage Stadtrat Josef Schmid (CSU) vom 19.12.2012

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Am 19.12.2012 stellten Sie eine Anfrage gem. § 68 der Geschäftsordnung der Landeshauptstadt München in o. g. Angelegenheit.

In Ihrer Anfrage beziehen Sie sich auf Schilderungen von Eltern und Elternvertretung, die personelle und hygienische Problemstellungen an der Kindertagesstätte an der Blumenauer Straße 9 zum Inhalt haben. In diesem Zusammenhang fragen Sie an, welche Maßnahmen geplant sind, um die Situation nachhaltig zu verbessern, und wann diese Verbesserungen umgesetzt werden sollen.

Zu Ihren Fragen kann ich Ihnen Folgendes berichten:

Frage 1:
Welche Maßnahmen plant das Referat für Bildung und Sport, um die Situation an der Kindertageseinrichtung an der Blumenauer Straße 9 nachhaltig zu verbessern?
a) *Im Hinblick auf die Personalsituation im Kindergarten und im Hort.*

Antwort:
Das Referat für Bildung und Sport, Abteilung KITA, Städtischer Betrieb Kindertageseinrichtungen, hat einen wöchentlichen Krisenstab eingerichtet. Hier besprechen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer alle Themen, die durch Personalmangel ausgelöst wurden, und entwickeln Sofortmaßnahmen.

In der Einrichtung Blumenauer Straße 9 ist die Situation aktuell durch krankheitsbedingte Ausfälle beeinflusst.
Im Laufe des vergangenen Jahres gab es in der Einrichtung viele personelle Veränderungen. Insgesamt haben acht Personen in andere Einrichtungen gewechselt oder aufgrund von Schwangerschaft, Weiterbildung oder Aufstiegsmöglichkeiten die Einrichtung verlassen.

Allen neuen Bewerberinnen und Bewerbern wurden Stellen im Kindergarten und im Hort Blumenauer Straße 9 angeboten. Im Januar 2013 konnte nun weiteres Personal der Einrichtung zugeschaltet werden, so dass insgesamt 13 Personen (von 14) für die Kinder da sind. Im Hort ist zusätzlich eine Studentin des Projektes „help and learn" eingesetzt. Die Einrichtungsleiterin ist außerordentlich engagiert und hat trotz Personalnotstands im Dezember 2012 alle notwendigen Maßnahmen sehr gut organisiert.

Frage 1b:
Hinsichtlich der Probleme mit den Nagern.

Anwort:
Für die Beseitigung des Mäusebefalls mit anschließender Raumluftmessung ist die Einrichtung Blumenauer Straße 9 vom 7. Januar bis einschließlich 8. Februar 2013 geschlossen. Die Hortkinder wurden in die Mittelschule Blumenauer Straße 11, zwanzig Kindergartenkinder in die Kindertageseinrichtung Menaristraße 1, zehn Kindergartenkinder in die Kita Ludwig-Wöhrl-Weg 44 und weitere zehn Kindergartenkinder in die Kita Großhadener Straße 52a ausgelagert.

In dieser oben genannten Zeitspanne können der Mäusebefall bekämpft, eine Reinigung der Unterflurkonvektoren, sonstige Unterhaltsarbeiten am Gebäude sowie eine Raumluftmessung auf mögliche Schadstoffbelastung durchgeführt werden.

Frage 2:
Wann werden die Verbesserungen und gegebenenfalls eine Zwischenlösung umgesetzt?

Antwort:
Verbesserungen bzw. Zwischenlösungen konnten bereits umgesetzt werden:

Der Personalsachbearbeitung und dem Städtischen Betrieb der Abteilung KITA ist es gelungen, bis Januar 2013 ausreichend Erziehungspersonal für die Einrichtung zu akquirieren.

Über die vorübergehende Auslagerung wurden alle Eltern der Kindertageseinrichtung Blumenauer Straße 9 am 19.12.2012 informiert.

Frage 3:
Ist es pädagogisch und rechtlich vertretbar, dass über 40 Kinder von einer Erzieherin und einer Praktikantin betreut werden?

Anwort:
Da es sich im vorliegenden Fall um eine Berufspraktikantin handelt, die ihre theoretische Ausbildung bereits beendet hat und im Berufsanerkennungsjahr noch Praxis sammeln soll, ist dies pädagogisch und rechtlich vertretbar und möglich. Eine Überschreitung des Anstellungsschlüssels kann bei einem personellen Engpass auftreten, ist jedoch nur kurzfristig gegeben.

Laute Silvesterparty in der Weißenburger Straße
Anfrage Stadträte Marian Offman und Mario Schmidbauer (CSU) vom 8.1.2013

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage vom 08.01.2013 zur Beantwortung überlassen.

Sie führen Folgendes aus:

„Zu Neujahr wird ein Teil der Weißenburger Straße – vom Pariser Platz bis zum Orleansplatz – gesperrt für eine Silvesterparty im öffentlichen Raum mit lauter Musik von Tonträgern bis 4:00 Uhr morgens. Die Klagen von Anwohnerinnen und Anwohner sind unüberhörbar und nachvollziehbar."

Frage 1:
Wird für die „Party" incl. Straßensperrung ein Antrag gestellt, von einer Privatperson, einem Gewerbeunternehmen, ggf. in Verbindung mit einer städtischen Dienststelle?

Antwort:
Für die angesprochene Silvesterparty wurde beim Kreisverwaltungsreferat – Veranstaltungs- und Versammlungsbüro als zuständiger Genehmigungsbehörde kein Antrag gestellt. Entsprechend wurde auch keine Genehmigung erteilt. Dem Kreisverwaltungsreferat war die Veranstaltung bisher nicht bekannt.

Das Polizeipräsidium München – E 21, das zum Sachverhalt angehört wurde, teilte mit, dass bei der Polizeiinspektion 21 um 02.15 Uhr eine Beschwerde bezüglich der Party in der Weißenburger Straße einging. Eine Streife vor Ort konnte gegen 03.00 Uhr ca. 50-100 Personen verschiedener Altersgruppen auf der Straße vor den Anwesen sowie eine Musikanlage in der Hofeinfahrt feststellen. Da die Verantwortliche den Aufforderungen der Polizei, die Musikanlage abzuschalten und zu entfernen, sofort nachkam, wurde auf eine Identitätsfeststellung verzichtet. Eine Straßensperrung lag nach polizeilichen Erkenntnissen nicht vor, der Fahrzeugverkehr war bei vorsichtiger Fahrweise möglich.

Frage 2:
Wenn ja, mit welchen Auflagen, insbes. Dezibel- und Zeitvorgaben sowie Alkoholausschank, hat die zuständige Genehmigungsbehörde, das KVR (ggf. im Benehmen mit dem städtischen Jugendamt), die Veranstaltungen genehmigt?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 3:
War der zuständige Bezirksausschuss in den Genehmigungsprozess eingebunden?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 4:
Wurden die Einhaltung möglicher Auflagen von den Genehmigungsbehörden überprüft? Wenn ja, mit welchem Ergebnis (wir bitten um detaillierte Aufstellung für den Zeitraum 2009 bis 2012)?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 5:
Ist es zutreffend, dass es sich bei den „Partybesuchern" ganz überwiegend nicht um Jugendliche und junge Erwachsene aus Haidhausen handelt?

Antwort:
Hierzu kann seitens des Kreisverwaltungsreferats keine Aussage getroffen werden.

Die Stadt unterstützt die Initiative „Geklärt, wer fährt“
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 23.8.2012

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume Beyerle:

Am 28.8.2012 beantragten Sie Folgendes: *„Die Stadt unterstützt – möglichst ab sofort – die vom Brauereiunternehmen ‚Anheuser-Busch InBev' ins Leben gerufene Initiative ‚Geklärt wer fährt!', in dem der fleißigste Botschafter zusätzlich zur Prämie des Brauereiunternehmens eine Anerkennung der Stadt erhält. Bei dieser Auszeichnung sollte der ideelle Wert im Vordergrund stehen."*

Die Gewährleistung der Verkehrssicherheit im Straßenverkehr gehört zum Vollzug der StVO und ist eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 Nr. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Angelegenheiten beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich. Ich erlaube mir daher, Ihren Antrag in Abstimmung mit dem Oberbürgermeister auf dem Schriftwege zu beantworten.

Zu Ihrem Antrag nimmt das Kreisverwaltungsreferat wie folgt Stellung:

Das Ziel der Initiative erscheint grundsätzlich lobenswert. Dennoch lehnt das Kreisverwaltungsreferat die Unterstützung der Initiative aus folgenden Gründen ab: Es handelt sich um eine Initiative eines Alkoholherstellers, die als Hauptpreis einen Neuwagen auslobt. Zur Vermeidung von Alkoholunfällen und für die Förderung einer sicheren und nachhaltigen Mobilität bei der Zielgruppe junger Fahranfänger ist dies aus fachlicher Sicht zumindest fragwürdig. Die Stadt spricht zudem bereits Anerkennungen für Dienste an der Verkehrssicherheit aus. So werden beispielsweise die ehrenamtlichen Schulweghelferinnen und -helfer für ihren Beitrag zur Steigerung der Verkehrssicherheit im Rahmen eines jährlichen Empfangs geehrt. Helferinnen und Helfer, die diesen Dienst über 25 Jahre versehen, bekommen darüber hinaus die Medaille „München leuchtet – den Freunden Münchens“ in Bronze verliehen.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Umstrittene „Stolpersteine“
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 28.1.2013

Antwort Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers:

In Ihrer Anfrage vom 28.01.2012 „Umstrittene ‚Stolpersteine'“ schreiben Sie:
„Mit guten Argumenten hat sich der Münchner Stadtrat 2004 gegen die Verlegung sogenannter ‚Stolpersteine' (zur Erinnerung an während des Dritten Reiches verfolgte Juden) auf öffentlichem Grund in der Landeshauptstadt ausgesprochen. Tatsächlich ist der öffentliche Raum in der LHM schon jetzt ein ausuferndes Biotop der Bewältigung der Münchner NS-Vergangenheit – mehr wäre einfach zuviel. Umso befremdlicher wirkt vor diesem Hintergrund eine Mitteilung der Online-Ausgabe des ‚Stern', der zufolge auch in München inzwischen offenbar 19 Stück der umstrittenen ‚Stolpersteine' verlegt wurden. Mehr noch: weitere rund 200 Exemplare lagern laut ‚Stern' zur Verlegung bereit ‚im Keller des Stolperstein-Vereins'
(http://www.stern.de/panorama/2-streit-um-stolpersteine-muenchens-angst-vor-denneonazis-1960837.html). Es stellen sich Fragen.“

Ihre Anfrage vom 28.01.2013 beantworte ich wie folgt:

Frage 1:
Welche Kenntnis hat die Stadt über die – offenbar auf Privatgrund – verlegten „Stolpersteine“ im Münchner Stadtgebiet?

Antwort:
Die Stadt hat Kenntnis davon, dass auf Privatgrund „Stolpersteine“ verlegt wurden.

Frage 2:
Welche Kenntnis hat die Stadt darüber, für welche früheren NS-Opfer vom Verein „Stolpersteine für München“ Stolpersteine für welche Orte in München geplant sind?

Antwort:
Die Stadt hat hierüber keine Kenntnis, Auskunft diesbezüglich kann nur der Verein „Stolpersteine für München“ selbst geben.

Frage 3:
2004 musste ein illegal verlegter „Stolperstein“ von der Stadt wieder entfernt werden – kam es seither zu weiteren illegalen Verlegungen?

Antwort:
Es ist kein weiterer Fall bekannt.

„Mit der Realisierung von ZIE-M ist begonnen“:
Bitte mehr Informationen auf den Tisch!
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 6.2.2013

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer Anfrage vom 06.02.2013 führen Sie Folgendes aus:

„Auf Stadtrats-Anfragen zum Thema des künftigen islamischen Großzentrums in München (ZIE-M) gibt sich die Stadt normalerweise wenig auskunftsfreudig; es gebe noch keine konkreten Planungen, die Finanzierung sei noch ungeklärt – so und ähnlich lauten in aller Regel die Antworten auf einschlägige Anfragen. Bekanntlich haben sämtliche Stadtratsfraktionen im März 2010 erklärt, sich für die Errichtung des ZIE-M in München einzusetzen, und halten an dem vielfach umstrittenen Projekt bis heute ebenso unverändert fest wie an der Zusammenarbeit mit dem maßgeblich verantwortlichen Penzberger Imam Idriz.

Die Planungen für die Errichtung des Islam-Zentrums sind offenbar weiter vorangeschritten, als der Öffentlichkeit gegenüber eingeräumt wird. Auf S. 218 des Teilhaushalts Sozialhaushalt für das Jahr 2012 findet sich im Abschnitt ‚Ziele für das Nachjahr 2012‘, Ordnungsziffer 60631 (‚Interkulturelle Orientierung und Öffnung‘), unter der Rubrik ‚Handlungsziel‘ die Aussage: ‚5.1.4 ***Mit der Realisierung von ZIE-M (Zentrum für Islam in Europa München) ist begonnen. Ein begleitendes Kommunikationskonzept für die Entwicklung des ZIE-M ist umgesetzt*** *(…).‘ Der Mittelansatz wird mit* ***76.030 Euro*** *angegeben (Hervorhebungen vom Fragesteller).“*

Zu Ihrer Anfrage vom 06.02.2013 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Welche Einzelmaßnahmen umfasst der im Sozialhaushalt für das Nachjahr 2012, S. 218, ausgewiesene „Beginn“ der Realisierung des Islamzentrums ZIE-M konkret?
Antwort:
Hierbei handelt es sich um eine typische Zielebeschreibung, die ein belastbares Finanzkonzept als Voraussetzung hat. Für das ZIE-M besteht allerdings noch kein belastbares Finanzkonzept, so dass bisher noch keine Einzelmaßnahmen stattgefunden haben.

Frage 2:
Wann konkret wurde mit welcher Einzelmaßnahme die Realisierung des ZIE-M begonnen?

Antwort:
Siehe Antwort 1.

Frage 3:
Wo ist das a.a.O. erwähnte „Kommunikationskonzept für die Entwicklung des ZIE-M“ einsehbar? Wer zeichnet für das Kommunikationskonzept verantwortlich? Wann und in welcher Weise wurde es umgesetzt?

Antwort:
Siehe Antwort 1.

Frage 4:
Wofür wurde oder wird die im Mittelansatz ausgewiesene Summe von 76.030 Euro konkret verwendet?

Antwort:
Dies ist eine Zielformulierung. Die im Handlungsziel S 5.1.4 ausgewiesene Summe i.H.v. 76.030 Euro wurde im Haushaltsjahr 2012 weder budgetiert noch ausgezahlt.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 27. Februar 2013

Der Werdenfelser Weg – ein menschenwürdiges Leben im Alter
Freiheitsentziehende Maßnahmen (FEM) reduzieren
Anfrage Stadtrat Dr. Reinhold Babor (CSU)

Seniorenbeiratswahl
Anfrage Stadtrat Vinzenz Zöttl (CSU)

Die Zeit ist reif für den „Münchner Integrationsbericht ‚Armutseinwanderer' aus Südosteuropa"
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat
Dr. Reinhold Babor

ANFRAGE

27.02.2013

Der Werdenfelser Weg – ein menschenwürdiges Leben im Alter
Freiheitsentziehende Maßnahmen (FEM) reduzieren

In der Vorlage des KVR vom 22.01.2013 wird berichtet, dass die Heimaufsicht mittels der Münchner Pflegekonferenz für München eine Schwelle der Anzahl von freiheitsentziehenden Maßnahmen, auf unter 10% der Heimbewohner zu bringen, anstrebt. Weiter wird berichtet, dass **2011** durchschnittlich **11%** der Bewohner stationärer Einrichtungen bewegungseinschränkende und freiheitsentziehende Maßnahmen zur Anwendung kamen, unklar ob tatsächlich notwendig. Die Bemühungen, die FEM zu reduzieren sind angesagt, aber Heime oder die Pflegeverantwortlichen fürchten die Haftung oder die Vorwürfe, wenn bewusst auf lebensqualitätmindernde Fixierung in Einzelfällen verzichten wird. Der Entscheider ist mit seiner Entscheidung zunächst allein, wenn er in eine Abwägungssituation gerät, bei der fremde Lebensqualität (Würde im Alter, das Selbstbestimmungsrecht), fremde Freiheitsbeschränkungen gegen eigenen Haftungsrisiken abzuwägen sind.

Das **Werdenfelser Modell** hilft hier. Neben dem Heim und dem Betreuungsgericht werden die sogenannten **Verfahrenspfleger** eingeschaltet. Es handelt sich um geschulte Pfleger, die sich die Fälle gründlicher als die Richter ansehen können. Sie fungieren als Fürsprechern für die Betroffenen und sollen den Pflegekräften die Angst vor Haftpflichtklagen wegen Fahrlässigkeit nehmen. Diese Verfahrenspfleger müssten aber von den Betreuungsgerichten anerkannt werden.
In der genannten Vorlage wird auf S.5 die Implementierung des „Werdenfelser Wegs“ in 4 Zeilen angesprochen. In den folgenden Fragen wird um eine ausführlichere Darstellung gebeten.

Ich frage daher:

1. Ist in Zusammenarbeit mit dem Amtsgericht ein Pool von Verfahrenspflegern gebildet worden und mit welcher Anzahl von geschulten Pflegern?

2. Wie oft wurden Verfahrenspfleger seit 2011 an Verfahren beteiligt, bei denen es um freiheitsentziehende Maßnahmen ging?

3. Wie viele beantragte freiheitsentziehende Maßnahmen konnte durch Einschaltung der Verfahrenspfleger vermieden werden?

Dr. Reinhold Babor, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat
Vinzenz Zöttl

ANFRAGE

27.02.2013

Seniorenbeiratswahl

Das Sozialreferat hat die Unterlagen für die Wahl der Seniorenvertretung der Landeshauptstadt München erstellt und an die wahlberechtigten Münchnerinnen und Münchner versandt. Die Wahlleitung obliegt der Sozialreferentin.

Auf der zweiten Seite dieser Unterlagen wird unter dem Punkt „Hinweise zur Wahl:“ folgendes ausgeführt:
„Die Anzahl der Stimmen jeder oder jedes Wahlberechtigten entspricht der Anzahl der tatsächlich zur Wahl antretenden Kandidatinnen und Kandidaten im jeweiligen Stadtbezirk.“

Auf den Stimmzetteln ist jedoch davon abweichend in mehreren – vermutlich in allen – Stadtbezirken eine kleinere Stimmenzahl angegeben. So kandidieren beispielsweise im 22. Stadtbezirk 9 Kandidaten; laut Stimmzettel stehen jedoch nur 6 Stimmen zur Verfügung. Im 2. Stadtbezirk kandidieren 6 Kandidaten; laut Stimmzettel stehen jedoch nur 4 Stimmen zur Verfügung.

Ich frage daher:

1) Welche Stimmenzahl steht den Wahlberechtigten zur Verfügung? Entsprechend den „Hinweisen zur Wahl“ je eine Stimme für jede oder jeden antretenden Kandidaten (wobei bis zu drei „gehäufelt“ werden können) oder ist davon abweichend die auf dem Stimmzettel aufgedruckte Stimmenzahl bindend?

2) Können die abweichenden Angaben, von denen ja nur eine richtig sein kann, zu Wahlanfechtungen führen?

Vinzenz Zöttl
Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
26.02.2013

Die Zeit ist reif für den „Münchner Integrationsbericht ´Armutseinwanderer´ aus Südosteuropa“

Ich beantrage:

Die Stadt legt zeitnah und künftig einmal jährlich einen „Münchner Integrationsbericht ´Armutseinwanderer´ aus Südosteuropa“ vor.

Begründung:

Übereinstimmend nehmen in zunehmendem Maße auch Medien und Vertreter der etablierten Politik die unkontrollierte Massenzuwanderung von „Armutsflüchtlingen“ vor allem aus Rumänien und Bulgarien zur Kenntnis. Faktisch handelt es sich dabei zum Großteil um Roma und Sinti, die, wie der nordrhein-westfälische Arbeits- und Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) feststellt, „bei uns aufgrund ihrer Qualifikation oder ihres Gesundheitszustandes kaum eine Chance haben, gute Arbeit zu finden“ (zit. nach: „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 17.02.2013). In den vom Massenzuzug betroffenen Stadtteilen deutscher Kommunen verschärfen sich laut FASZ „Prostitution, Kriminalität, das Agieren von Schlepperbanden und Schwarzarbeit“. Der soziale Friede sei massiv bedroht.

Besonders alarmierend ist der Umstand, daß von Januar 2014 an der genannte Personenkreis vollen Zugriff auf bundesdeutsche Sozialleistungen haben wird, was die Attraktivität der Bundesrepublik als Zielland weiter verstärken wird – mit „unglaublichen Folgen“, wie der NRW-Integrationsminister warnt. Gerade auf größere Städte wie München kämen künftig Mehrausgaben zwischen 15 und 16 Millionen Euro pro Jahr zu.

In Städten wie Duisburg, die von der Massenzuwanderung aus Rumänien und Bulgarien schon jetzt besonders stark betroffen sind, verzweifeln viele Bewohner an

b.w.

den unzumutbar werdenden Zuständen. Die Polizei hält – laut „Welt“ (Ausgabe vom 25.02.2013) – die Situation auf Dauer für „nicht beherrschbar“. Anwohner klagen über „laute Musik, Geschrei und Grillgelage bis tief in die Nacht, aus den Fenstern geworfenen Müll, menschliche Exkremente auf dem Gelände, kein Benehmen, kein Anstand“ (ebd.).

Erst vor wenigen Wochen warnte auch der Deutsche Städtetag in einem dramatischen Appell davor, daß die Kommunen mit der Massenzuwanderung überfordert würden.

In einigen der besonders stark betroffenen Städte wurde inzwischen damit begonnen, Ausmaß und Folgen der sich abzeichnenden sozialen und ethnischen Verwerfungen zu erfassen und zu dokumentieren. In Duisburg etwa gründete die Stadtverwaltung eine Arbeitsgruppe „Bewältigung akuter krisenhafter Situationen im Zusammenhang mit der Zuwanderung aus Südosteuropa“. Im November 2012 legte die AG bereits eine erste „Zusammenstellung bekannter Problemhäuser/ Problemstellen“ vor, die rund 70 einschlägige Adressen im Duisburger Stadtgebiet enthält. Zudem wurde ein „Handlungskonzept“ erarbeitet.

Auch der Deutsche Städtetag rief einen Arbeitskreis „Zuwanderung von Menschen aus Rumänien und Bulgarien“ ins Leben.

Bayern gehört neben Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Berlin zu den Bundesländern mit dem stärksten Zuzug von sogenannten „Armutsflüchtlingen“ aus Südosteuropa. Längst fallen Angehörige dieser Personengruppe durch organisiertes Betteln, Hausfriedensbruch (wie im Fall des jüngst aufgeflogenen illegalen Lagers in einem früheren Kohlebunker der Deutschen Bahn), dauerhafte illegale Beschlagnahme von öffentlichem Raum (wie beim „Schrottplatz“ unter der Donnersberger Brücke), Wohnungseinbrüche und zahlreiche andere Delikte auch in München verstärkt auf. Die Polizei scheint – etwa im Fall der anhaltenden Einbruchsserie, von der mit unveränderter Intensität das ganze Stadtgebiet heimgesucht wird – partiell bereits jetzt überfordert.

Auch in München wird die Situation spätestens nach dem 1. Januar 2014 eskalieren, wenn für die genannte Zuwanderergruppe der volle Zugriff auf deutsche Sozialleistungen gegeben ist.

Hier herrscht akuter Handlungsbedarf. Bislang ist die Auskunftsfreudigkeit der LHM, was Erfolge und Kosten der „Integration“ von Zuwanderern aus Bulgarien und Rumänien angeht, eher verhalten. Angesichts der in Rede stehenden horrenden Ausgaben, die auch München ab 2014 im Gefolge der unkontrollierten Massenzuwanderung aus Südosteuropa drohen, kann die Öffentlichkeit aber ein gesteigertes Recht auf Transparenz und Information geltend machen. Die LHM könnte diesem mit dem hier vorgeschlagenen, künftig regelmäßig einmal jährlich vorgelegten „Münchner Integrationsbericht ´Armutseinwanderer´ aus Südosteuropa“ Rechnung tragen.

Der Bericht sollte u.a. präzise Angaben enthalten über

■ die quantitative Entwicklung der Zuwanderung von sogenannten „Armutsflüchtlingen“, bei denen es sich in der Regel um Angehörige der Sinti- und Roma-Minderheit handelt, in die bayerische Landeshauptstadt;

■ die Entwicklung der mit ihr einhergehenden finanziellen Belastungen des Münchner Stadthaushalts (Sozialleistungen, kostenlose medizinische Versorgung, Dolmetscherkosten, Aufwendungen für zusätzliche Gebäude- und Straßenreinigungen, Sanierung von Unterkünften, Kosten für Sprach-, Integrations-Fortbildungs-, Umschulungs- und anderweitige Qualifizierungsmaßnahmen etc.);

■ erkannte örtliche Brennpunkte der Zuwanderung aus Südosteuropa;

■ erzielte Integrations-Erfolge (oder Mißerfolge);

■ Entwicklung einer spezifischen Delinquenz im Gefolge der „Armutseinwanderung“ aus Südosteuropa (evidente Veränderungen in bestimmten Deliktsparten wie Hausfriedensbruch, Diebstahl, Hehlerei etc.);

■ außerdem ein Handlungskonzept nach dem Duisburger Modell, in dem die LHM darlegt, wie sie die zunehmend dramatische Entwicklung im Bereich der sogenannten „Armutszuwanderung“ aus Südosteuropa in den Griff zu bekommen beabsichtigt.

Videant consules, ne quid detrimenti capiat res publica.

Karl Richter
Stadtrat